

Große und kleine Übel

Parteistategien vor der Bundestagswahl 2017

Ralf Tils/Joachim Raschke (Agentur für politische Strategie)

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und die Auseinandersetzung um die Frage, wie die Politik damit umgehen soll, hat das deutsche Parteiensystem durchgeschüttelt und „irritiert“. Die Flüchtlingsfrage war der Katalysator für den Aufstieg der AfD und ihren (zumindest) vorübergehenden Höhenflug bei Wahlen, sie ist der Zündstoff für die ungewöhnlich heftigen, ins persönliche gehenden Auseinandersetzungen zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU (mit Horst Seehofer als treibender Kraft) und sie rückt eine Machtperspektive der Sozialdemokraten auf Bundesebene noch weiter in illusionäre Ferne. Ob die Flüchtlingspolitik das gewachsene Parteiensystem dauerhaft verändert oder lediglich eine vorübergehende Erschütterung auslöste, bleibt die offene Frage. Die Antwort darauf hängt vor allem von den Parteien selbst ab – und davon, inwieweit die Wählerinnen und Wähler deren unterschiedlichen Strategien folgen.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 besteht die Herausforderung für die Parteien darin, die richtigen strategischen Ansatzpunkte zu finden, um in dieser Ausgangskonstellation die eigenen Wahlchancen zu erhöhen und sich von der Konkurrenz abzugrenzen. Es sind vor allem drei Felder, in denen sich die Strategien der Parteien bewähren müssen: Themenpriorisierung, Umgang mit der AfD, Machtperspektive.

1 | Themenpriorisierung

Auch wenn wir uns noch im Vorwahlkampfzeitraum befinden und die dominierenden Einzelthemen der Wahlauseinandersetzung

bislang gar nicht sichtbar geworden sind, lassen sich dennoch schon einige Absichten und Tendenzen der Themenpriorisierung bei den Parteien erkennen.

Um diese analytisch einzufangen, bedarf es eines größeren Sortierungsrasters, mit dem größere Themenfelder und -zusammenhänge abgebildet werden können. Ein dafür geeignetes und eingeführtes Sortierungsinstrument ist das politische Koordinatensystem, das eine wertorientierte ideologische Landkarte des deutschen Parteiensystems darstellt. Es zeigt, in welchen Bereichen des politisch-ideologischen Großterrains sich die Parteien in ihren Konkurrenzbeziehungen bewegen. Das aktuelle politische Koordinatensystem ist zweidimensional und definiert sich über zwei unterschiedliche Achsen. Es besteht aus einer materiellen Achse, die vom linken Pol sozialer Gerechtigkeit/Solidarität bis zum rechten Pol Markt/Leistung reicht (dementsprechend denken wir diese Achse auch in Links-Rechts-Kategorien). Sozialpolitisch steht etwa die Linkspartei weit links, etwas rechts davon Grüne und SPD, in der Mitte die Union und am marktliberalen Pol die FDP.

Daneben existiert aber auch eine vertikale, kulturelle Achse, an deren jeweiligen Enden sich libertäre und autoritäre Werte gegenüber stehen. Dabei machen sich die Vertreter des libertären Pols für Werte wie Mitbestimmung, Selbstverwirklichung, Emanzipation oder Schutz von Minderheiten stark, während die Repräsentanten des autoritären Pols auf Tradition, Nationalismus, Abgrenzung gegenüber Fremden, Anpassung und Unterordnung pochen. Ausgelöst durch Wertewandel- und kulturelle Modernisierungsprozesse seit Ende der

1960er Jahre haben sich die neuen libertären Werte über soziale Bewegungen und die Partei der Grünen in den 1980er Jahren immer weiter gesellschaftlich verbreitert, ohne dass sich das autoritäre Erbe aufgelöst hätte.

Parteipolitisch ist die kulturelle Konfliktlinie jetzt über die AfD neu polarisiert und ins Zentrum politischer Auseinandersetzung gerückt worden. Das Flüchtlingsthema hat zur Wiederbelebung autoritärer Werteorientierungen beigetragen, die vor allem durch das Sprachrohr AfD in die politische Debatte eingeführt wurden und (nicht zuletzt bei Wahlen) großen Anklang fanden. Das brachte einige andere Parteien in Schwierigkeiten, weil sie selbst bzw. ihre Anhängerinnen und Anhänger in der kulturellen Frage zwischen libertären und autoritären Orientierungen gespalten sind. Das gilt etwa für die Union, bei der die CSU sich in der Flüchtlingsfrage als Vertreter autoritärer Bezüge positioniert (Begrenzung, Ausgrenzung, Abgrenzung gegenüber den „Fremden“), während die CDU weiter an Angela Merkels Doppelstrategie des „edlen“ Offenhaltens deutscher Grenzen und der „schmutzigen“ Toleranz und Unterstützung der Schließung von Fluchtwegen nach Europa festhält. Das betrifft auch die Linkspartei und die SPD, die beide darunter leiden, dass ihre Wählerpotentiale in Teilen autoritären, in Teilen libertären Werteorientierungen folgen. Nur Grüne und AfD sind an den unterschiedlichen Polen der kulturellen Achse (Grüne libertär, AfD autoritär) relativ geschlossen.

Für die Themenpriorisierung des aufziehenden Bundestagswahlkampfes hat diese Ausgangskonstellation zur Folge, dass viele der konkurrierenden Parteien ein großes Interesse daran haben, die Aufmerksamkeit für die kulturelle Konfliktlinie wieder zu reduzieren und zur materiellen Dimension der Politikausinandersetzung zurückzukehren, die die Parteienkonkurrenz in den zurückliegenden Jahren dominiert hat. Die CDU, weil die dauernden Attacken durch die Schwesterpartei CSU ihre eigenen Wahlchancen schmälern und sie nicht genau weiß, wie weit sie bis zum autoritären Pol gehen will. Die CSU, weil ihre Endlosschleife

der Konflikteskalation mit der Kanzlerin zunehmend in der Sackgasse steckt. Die SPD und die Linkspartei, weil ein Teil ihrer potentiellen Wählerinnen und Wähler eine Abwehrhaltung gegen Flüchtlinge hegt, der andere Teil aber einer Willkommenskultur anhängt. Die FDP, weil sie nur noch über einen marktradikalen Kompetenzkern verfügt und das libertäre Erbe früherer Jahre lange begraben hat.

Mit der Rentendebatte hat es bereits angefangen und es wird sich in anderen materiellen Themenfeldern (Arm-Reich-Schere, Steuererechtigkeit, Schuldenbremse, Zukunft des Sozialstaats etc.) fortsetzen: Die meisten Parteien suchen ihr Heil in der Themenpriorisierung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Markt – entweder eher links (SPD, Linkspartei), mittig (Union) oder rechts (FDP). So hoffen sie, ihre eigene Spaltung in der kulturellen Frage für die Bundestagswahl überdecken zu können. Nur die AfD und die Grünen als natürliche Gegenspieler libertärer und autoritärer Werte haben Interesse an politischen Konflikten in der kulturellen Dimension. Ob ihre Agenda-Building-Macht dafür im Wahljahr 2017 hinreichend groß ist, wird sich zeigen. Andernfalls ist eher eine Entwicklung zu erwarten, bei der statt des Flüchtlingsthemas eine „thematische Flucht“ in die materielle Politikausinandersetzung erfolgt.

2 | Umgang mit der AfD

Die zweite spannende Frage für das Wahljahr 2017 ist, welche unterschiedlichen Strategien die etablierten Parteien gegen die neue Konkurrenz der AfD finden, um ihr – anders als bei den zurückliegenden Landtagswahlen – keine weiteren Wahlerfolge zu ermöglichen. Bislang hatte es die AfD leicht. Sie konnte – selbst kaum politikfähig – im Kontext der Flüchtlingspolitik nichts als Wählermobilisierung betreiben, ohne etwa die soziale Richtungsfrage für sich zu klären oder gar Koalitions- bzw. Regierungsfähigkeit aufbauen zu müssen. Bürgerlicher und sozialer Protest sowie ein antipluralistischer, antielitärer und von moralischer Selbstüberhöhung getragener Rechtspopulismus stützen

sie. Das Politikrezept der AfD ist simpel: provozieren, relativieren, dementieren, so dass alle, die die ausländerfeindlichen, rassistischen, antietatistischen Signale hören wollen, diese erkennen können, aber die Zurechnung offener Rechtsradikalität umstritten bleibt. Im Falle des Boateng-Nachbar-Zitats von Alexander Gauland funktionierte das billige Politikrezept allerdings nicht, denn beim praktisch heiligen Gesellschaftsobjekt Fußballnationalmannschaft wirkt es eher gegen als für die AfD. Die anderen Parteien können es sich dennoch nicht erlauben, lediglich auf eine Selbstentzauberung der AfD im deutschen Parlamentarismus zu setzen. Dieser Prozess kann länger dauern und es hilft aktuell nicht, die eigenen Wahlverluste zu minimieren bzw. Koalitionsmöglichkeiten zu maximieren. Die Suche nach einem geeigneten strategischen Umgang mit der AfD hat begonnen. Der strategische Möglichkeitsraum öffnet sich zwischen den Alternativen angreifen, ausweichen oder anpassen.

CDU und CSU streiten über den richtigen Strategieansatz gegenüber der AfD. Das, was unter der Überschrift der Strauß-Doktrin „Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“ kontrovers und unversöhnlich zwischen den Schwesterparteien debattiert wird, ist nichts anderes als die Frage, ob man sich an die Positionen der AfD in der Flüchtlingsfrage anpassen soll (so die CSU) oder nicht (so die CDU). Analytisch gesehen ist das keine Frage von links und rechts, sondern ein Konflikt zwischen libertären und autoritären Werten. Der von den Protagonisten Angela Merkel und Horst Seehofer ausgetragene Disput wirkt unauflösbar. Deswegen suchen die Parteien – soweit sie die gemeinsame Perspektive einer gemeinsamen Wahlplattform überhaupt aufrechterhalten wollen – den Weg der Verlagerung auf konsensuale Themen im Feld des materiellen Politikdiskurses.

Ob die Union als Ganze gegenüber der AfD eine gemeinsam getragene Strategie findet, ist noch unklar. Zurzeit beharrt Horst Seehofer auf der Anpassungsvariante, bei der Angela Merkel ihm nicht folgen will. Bleibt es dabei, wird Ausweichen zur einzig denkbaren

gemeinsamen Alternative – oder die Fortsetzung des Dauerstreits und ein weitgehend isoliertes Vorgehen beider Schwesterparteien im Wahlkampf. Die unendliche Fortführung der CSU-Attacken würde der CDU weiter Wählerstimmen, der CSU weiter Glaubwürdigkeit kosten, weil kaum noch begründbar wäre, warum man angesichts solch fundamentaler inhaltlicher Differenzen an der gemeinsamen Koalition festhalten will.

Auch die SPD wirkt im Moment nicht entscheidungsfähig im Umgang mit der AfD. Bei ihr liegt es nicht an einer agitierenden Schwesterpartei, sondern an der eigenen Wählerschaft. Die ist in ihren Teilsegmenten so heterogen, dass die verschiedenen Strategievarianten immer (mindestens) eine Zielgruppe verprellen. Will man das klassische sozialdemokratische Milieu und enttäuschte SPD-Wählerinnen und Wähler im „sozialdemokratischen Wartesaal“ ansprechen, müsste man sich der restriktiven und ressentimentgeladenen AfD-Flüchtlingspolitik in Teilen anpassen (mit ungewissem Wahlerfolg). Will man die progressiven Teile der eigenen Anhängerschaft und die Aktiven der Partei zufriedenstellen, bedarf es einer klaren Abgrenzung gegenüber der AfD und Angriffen auf ihre inhaltlichen Positionen. Der Solidarpakt von Parteichef Sigmar Gabriel mit der Gleichstellung sozialer Bedürfnisse von Deutschen und Flüchtlingen oder die Aufforderung von Olaf Scholz, keine Dämonisierung der AfD zu betreiben, waren unterschiedlich gerichtete, aber in der Konsequenz jeweils untaugliche Versuche, eine Lösung der Strategiefrage herbeizuführen. Bislang bleiben die Sozialdemokraten eine Antwort schuldig, wie ihr Kurs gegenüber der AfD aussehen soll.

Die Linkspartei nimmt den Kampf gegen die AfD auf der Ebene des Sozialprotests an, in dem sie sich sozialpolitisch weiter nach links verschiebt. Eine zugespitzte soziale Radikalisierung soll die Strategie sein, die die Wählerabwanderung von Linksparteianhängerinnen und -anhängern zur AfD aufhält und begrenzt. Damit hofft die Linkspartei zugleich, ihre eigene innere Zerrissenheit in der Frage des Rechtspopulismus (also auf der

libertär-autoritären Achse des Koordinatensystems) überdecken zu können, die durch die Anpassung von Sahra Wagenknecht an den Begrenzungsdiskurs und das Beharren auf der Willkommenskultur bei Dietmar Bartsch bzw. der übrigen Parteiführung offen zutage getreten ist. Ausweichen in der Flüchtlingsfrage und Zuspitzung in der sozialen Frage wird so zum vermeintlichen Königsweg der Linkspartei.

Die Grünen haben es am leichtesten. Sie können die AfD voll angreifen, ohne ihre Anhängerschaft zu spalten. Auch wenn manche grüne Wählerinnen und Wähler in der Flüchtlingsfrage Sorgen haben: In ihrer Gegnerschaft zur AfD sind sie sich sicher. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte bleiben die Grünen der geborene libertäre Gegenspieler zur AfD am autoritären Pol der politischen Landkarte.

Die FDP spielt hingegen über Bande. Indem sie Angela Merkels Flüchtlingspolitik scharf attackiert, eröffnet sie autoritär orientierten bürgerlichen Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, ihr statt der AfD die Stimme zu geben, um auf diese Weise ihre Ablehnung der aktuellen CDU-Flüchtlingspolitik zum Ausdruck zu bringen (die CSU lässt sich ja nur in Bayern wählen). Parteichef Christian Lindner will eine direkte Konfrontation mit der AfD vermeiden, da er ihrer Empörungstaktik, die viel Aufmerksamkeit generiert und den medialen Diskurs prägt, nicht auf den Leim gehen möchte. AfD ignorieren, aber dem bürgerlichen Protest gegenüber der Merkel-Politik eine politische Heimat geben, lautet die Devise der Freien Demokraten.

Wir sehen: Eine direkte Konfrontation mit der AfD ist lediglich für die Grünen attraktiv. Fast alle anderen Parteien haben mit Abwanderungsbewegungen ihrer Anhängerschaften und Anhänger zur AfD zu kämpfen. Der klassische Weg, verlorenen Wählerinnen und Wählern inhaltlich dorthin zu folgen, wohin sie gegangen sind, ist aufgrund gespaltener Anhängerschaften (SPD, Linkspartei) oder drohenden Glaubwürdigkeitsverlusten (Merkel-CDU) nur für CSU und FDP eine denkbare Option.

Deshalb wird die Strategie des Ausweichens zum beliebtesten Mittel der Wahl.

3 | Machtperspektive

Der Bundestagswahlkampf 2017 wird kein Koalitionswahlkampf sein. Die Parteien müssen ihre Kampagnen ohne eindeutige Koalitionsaussagen führen. Unklare Mehrheits- und Machtperspektiven erzwingen diese neue Konstellation. Alle prinzipiell regierungsfähigen und -willigen Parteien bringt das in Schwierigkeiten – nur die Union nicht. Trotz demoskopischer Verluste behält Angela Merkel ihre strategische Mehrheitsfähigkeit. Eine realistische Machtperspektive jenseits der Union ist nicht in Sicht – mit einer erfolgreichen AfD weniger denn je. Insofern können die Christdemokraten trotz eigener Schwäche vom Erstarken der AfD profitieren. Vielleicht sichert die AfD der Kanzlerin sogar die Macht.

Die anstehende Neubesetzung des Staatsoberhauptes zeigt exemplarisch einige Probleme dieser neuen Konstellation im deutschen Parteiensystem. Einfach wäre die Wahl der Nachfolge von Joachim Gauck nur in drei Fällen: eine Kandidatin/ein Kandidat der Großen Koalition, von Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün. Immer gibt es jedoch (mindestens) eine Partei, die die damit verbundenen Koalitionssignale vor der Wahl nicht aussenden möchte. Lediglich die Linkspartei hat bei nur einer Machtoption kein Problem, SPD und Grüne mit dem Angebot einer gemeinsamen Kandidatur unter Druck zu setzen – sie wird damit ins Leere laufen. Die Grünen wollen sich auf die Option eines Bündnisses mit der Union vor der Wahl nicht festlegen, weil das ihnen bei einem Teil ihrer Anhängerinnen und Anhänger schadet. Für die Sozialdemokraten und die Union sind Signale für die Fortsetzung des Notbündnisses Große Koalition ebenfalls wenig attraktiv. Die Perspektive eines Linksbündnisses schmälert wiederum die Wahlchancen der SPD. Insofern bleibt die Suche nach einer geeigneten Kandidatin oder einem geeigneten Kandidaten und entsprechenden Mehrheiten für den nächsten Bundespräsidenten ein kniffliges Strategie-

problem. Zusätzlich erschwert wird sie durch den Autoritätsverlust der Kanzlerin. In der Bundesversammlung kann Angela Merkel von ihrer strategischen Mehrheitsfähigkeit nicht profitieren.

4 | Schluss

Probleme, sagt man, suchen sich ihre Mehrheiten. Das gilt aber nicht, wenn die Probleme kontrovers definiert und die Parteien in sich heterogen sind. Beides ist heute sehr ausgeprägt. Im Feld der Flüchtlingspolitik würden am ehesten die Problemdefinitionen von CDU, SPD und Grünen übereinstimmen (ohne die CSU) - in einer Koalition können sie aber so nicht zusammen kommen. Deswegen wird die Bundestagswahl wohl in jeder Hinsicht eine Wahl zwischen kleinen und großen Übeln.

Zunächst müssen Parteien sowie Wählerinnen und Wähler 2017 inhaltlich darüber entscheiden, welche der Probleme für sie aktuell die kleineren und größeren Übel in Deutschland sind. Die Erfolgsaussichten der Parteien werden - durch zunehmend volatile Wählerschaften begünstigt - sehr stark von der politischen Agenda und den die öffentlichen Diskurse prägenden Frames (Deutungs- und Interpretationsrahmen) zu den wichtigsten Themen abhängen. Der Sieg über die Agenda und die favorisierten Problemlösungsangebote

führen auch zum Sieg bei der Bundestagswahl - sofern nicht der objektive Problemdruck, und damit gewissermaßen die Flüchtlinge selbst, über den Gewinner der Wahl entscheiden.

Auch koalitionspolitisch wird es 2017 um kleine und große Übel gehen. Die lagerzentrierten Koalitionen Rot-Grün und Schwarz-Gelb, wie wir sie lange gewohnt waren, werden aller Voraussicht nach erneut nicht mehrheitsfähig sein. Die Große Koalition aber ist aus Sicht der regierenden Sozialdemokraten nach zwei Legislaturperioden inzwischen das größte aller Übel. Ob daraus etwas folgt oder die staatstragende Partei SPD - trotz ihrer Aversionen - die Große Koalition als wahrscheinlichstes aller Übel doch wieder ermöglichen muss, wird sich wohl erst in den Wochen nach der Bundestagswahl entscheiden.

PD Dr. Ralf Tils lehrt als Privatdozent Politikwissenschaft an den Universitäten Bremen und Lüneburg. Seine Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Regierungs- und Verwaltungsforschung sowie Strategieanalyse.

Kontakt: tils@politischestrategie.de

Prof. Dr. Joachim Raschke lehrte als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Gemeinsam mit PD Dr. Ralf Tils und Prof. Dr. Elmar Wiesendahl betreibt er die Agentur für Politische Strategie.

Kontakt: raschke@politischestrategie.de

Super-Wahljahr 2017

Strategische Perspektiven der CDU in Nordrhein-Westfalen und im Bund

Armin Laschet

99,1 Prozent - das war der Stimmenanteil, den Union, SPD und FDP bei der Bundestagswahl von 1976 auf sich vereinten. Die Konzentration des „Bonner“ Drei-Parteiensystems hatte damit seinen Höhepunkt erreicht, andere Parteien spielten in den 1970er Jahren faktisch keine

Rolle. Man ist versucht zu sagen: Es waren einfachere, weil übersichtlichere Zeiten.

Erst wenn man sich diese, aus heutiger Sicht unwirklich erscheinende Zahl noch einmal vor Augen führt, wird der immense Wandel der deutschen Parteienlandschaft ersichtlich. Schon

EDITORIAL

- 4 Das Heft im Überblick

AKTUELLE ANALYSE

- 6 *Hubert Wimber*
Plädoyer für eine evidenzbasierte Drogenpolitik in Deutschland

THEMENSCHWERPUNKT**Einleitung**

- 14 *Frank Adloff/Ansgar Klein/Jürgen Kocka*
Kapitalismus und Zivilgesellschaft

TEIL I: VERSCHRÄNKUNGEN BEIDER SPHÄREN: ZIVILGESELLSCHAFT UND KAPITALISMUS

- 24 *Arnd Bauerkämper*
Zwischen Sozialstaat und kultureller Heterogenität. Philanthropie und Patronage in deutschen und amerikanischen Städten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert
- 37 *Susanne-Sophia Spiliotis*
Business Statesmanship: Zeit- und Verantwortungskonzepte der internationalen Privatwirtschaft im 20. Jahrhundert
- 48 *Michael Prinz*
Genossenschaften, Konsum und Demokratie 1850 -2000. Versuch eines Überblicks
- 60 *Susanne Elsen/Heike Walk*
Genossenschaften und Zivilgesellschaft. Historische Dynamiken und zukunftsfähige Potenziale einer öko-sozialen Transformation
- 73 *Wolfgang Schroeder*
Die Politik der Zähmung des Kapitalismus im Wandel
Mitbestimmung und Beteiligung
- 86 *Markus Promberger/Theodosia Marinou-di/María Paz Martín Martín*
Unter der erschütterten Oberfläche: Sozioökonomische Praktiken, Zivilgesellschaft und Resilienz in der europäischen Krise

- 98 *Philipp Degens*
Anderes Geld – anders Wirtschaften?
Unternehmen und Regiogeld

TEIL II: KRITIK UND ANTAGONISMUS: ZIVILGESELLSCHAFT VERSUS KAPITALISMUS

- 112 *Martin Gerth/Gabriele Lingelbach*
Konsumboykotte im Spannungsfeld von Markt, Zivilgesellschaft und Staat. „Alte“ und Neue Soziale Bewegungen im Vergleich
- 121 *Dieter Rucht*
Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen
- 135 *Sebastian Nagel/Stefanie Hiß/Bernd Teufel*
Den Finanzmarkt im Visier. Zivilgesellschaftliche Impulse für sozialen Wandel
- 143 *Colin Crouch*
Neue Formen der Partizipation. Zivilgesellschaft, Rechtspopulismus und Postdemokratie
- 153 *Kai-Uwe Hellmann*
Prosumismus und Protest. Eine Polemik
- TEIL III: MÖGLICHKEITSRÄUME: IDEENGESCHICHTE UND POLITISCHE THEORIE**
- 164 *Werner Plumpe*
Debatten über die Gestaltbarkeit des Kapitalismus 1900-1933.
- 181 *Christiane Mossin*
Vergessene Potenziale assoziativen Lebens. Pluralismus, Funktionalismus und Freiheit in der Vorstellung von G.D.H. Cole und H.J. Laski
- 190 *John Keane*
Gleichheit Revisited. Überlegungen zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Märkten
- 203 *Jean-Louis Laville*
Kritische Theorie und solidarische Ökonomie. Von den Frankfurter Schulen zu den Epistemologien des Südens

SONDERSCHWERPUNKT: POLITISCHE STRATEGIE

- 218** *Ralf Tils/Joachim Raschke*
Große und kleine Übel. Parteistategien vor der Bundestagswahl 2017
- 222** *Armin Laschet*
Super-Wahljahr 2017
Strategische Perspektiven der CDU in Nordrhein-Westfalen und im Bund
- 226** *Dietmar Bartsch*
Neue Führung - neue Chance für ein Linksbündnis?
- 230** *Matthias Jung*
Merkels Formel der Macht. Zwischen Mitte und Modernisierung

PULSSCHLAG

- 235** *Carolin Philipp*
Von Protest zur Schaffung von Alternativstrukturen: Solidarische Hausbesetzungen in Athen
- 237** *Daniel Häfner/Daniela Schmidtke/Franziska Scholl*
Pro Lausitzer Braunkohle vs. Ende Gelände. Eine erneute Annäherung an gesteuerte Bürgerinitiativen
- 241** *João Pedro Stédile*
Die Putschisten in Brasielen haben gezeigt, was sie im Schilde führen
- 243** *Benjamin Bunk*
Kommentar zu „Die Putschisten in Brasielen haben gezeigt, was sie im Schilde führen“
- 244** *AK Stadt/Raum*
Städte in Bewegung - städtische Bewegungen? Neuer Arbeitskreis Stadt/Raum am Institut für Protest- und Bewegungsforschung
- 248** *Melanie Müller*
Theater: Ein Ort für Gesellschaftskritik?

LITERATUR

- 252** *Dennis Eversberg*
Postwachstum und Degrowth - noch Diskursraum oder schon Bewegung?
(D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Kallis, Giorgos (Hg.) 2016: Degrowth - Handbuch für eine neue Ära. München: oekom; Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) 2015: Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader. Berlin: Edition Blätter.
- 255** *Melanie Müller*
Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem
Adloff, Frank/Heins, Volker 2015: Konvivialismus. Eine Debatte. Bielefeld: transkript. Fatheuer, Thomas/Fuhr, Lili/Unmüßig, Barbara 2015: Kritik der grünen Ökonomie. München: oekom Verlag.
Latouche, Serge 2015: Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. Mit einem Vorwort von Niko Paech. München: oekom Verlag.
- 259** *Oliver Nachtwey*
Post-Kapitalismus als neues Ordnungsmodell?
Mason, Paul 2016: Post-Kapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin: Suhrkamp.
- 261** *Kai-Uwe Hellmann*
Verbraucherorganisationen - wirtschaftssoziologisch beobachtet?
Nessel, Sebastian 2016: Verbraucherorganisationen und Märkte. Eine wirtschaftssoziologische Untersuchung. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- 263** *Anaël Labigne*
Unternehmen im öffentlichen Raum - Grundlegender Sammelband oder Sammelurium?
Hüther, Michael/Bergmann, Knut/Enste, Dominik (Hg.) 2015: Unternehmen im öffentlichen Raum. Zwischen Markt und Mitverantwortung. Wiesbaden: Springer VS.

- 268** *Johannes Emmerich*
Licht auf ein Engagement im Schatten
Voigtländer, Leiv 2015: Armut und Engage-
ment. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipati-
on von Menschen in prekären Lebenslagen.
Bielefeld: transcript.
- 270** *Ansgar Klein*
Unternehmen vor Gericht
Kaleck, Wolfgang/Saage-Maaß, Miriam
2016: Unternehmen vor Gericht. Globale
Kämpfe für Menschenrechte, Berlin: Verlag
Klaus Wagenbach.
- 272** *Ansgar Klein*
Ein Beitrag zur modernen Ideengeschichte
des Republikanismus
Schulz, Daniel 2015: Die Krise des Repu-
blikanismus, Baden-Baden: Nomos.
- 276** *Friederike Rohde*
Öffentlichkeitsbeteiligung zwischen neo-
liberalem „Bargaining“ und deliberativer
Ermächtigung
Sophia Alcántara/Nicolas Bach/Rainer
Kuhn/Peter Ullrich 2016: Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren. Wiesbaden: Springer. Reihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“

279 ABSTRACTS

290 IMPRESSUM

FJSBPLUS

Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de

Positionspapier des Vereins deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA)

Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen

Wer von der Demokratie sprechen will, der darf vom Kapitalismus nicht (mehr) schweigen.

Bericht über die Tagung „Ziemlich beste Feinde. Das spannungsreiche Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus“, 23.06.-25.06., Schader-Forum, Darmstadt.